

# Sächsische Zeitung

1922 Nr. 83

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 215

Bezugspreis: monatlich 12,- ohne Porto, vierteljährlich 36,-, halbjährlich 72,-, jährlich 144,-. Die Sendung ist durch den Postboten zu erfolgen. Ausland: monatlich 15,-, vierteljährlich 45,-, halbjährlich 90,-, jährlich 180,-. Die Sendung ist durch den Postboten zu erfolgen. Einzelhefte 50 Pf. Fernsprechnummer 7801. Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernsprecher 7801. Sonntags von 1 Uhr an Redaktion 5800 und 5810. — Postfach 1012. — Morgen-Ausgabe Sonnabend, 18. Februar Anzeigenpreis: Die sog. 10 Zeilen werden zum Monatspreis 150 Pf. Die sonstigen zum Monatspreis 100 Pf. Die sonstigen zum Monatspreis 100 Pf. Geschäftsstelle Berlin: Bernauer Str. 80. Fernsprecher 4111. Geschäftsstelle Halle-Saale: Gleise Berliner Schiffsbrücke. — Druck von Otto Götze, Halle-Saale

## Widerwärtige Erscheinungen

Wir haben in Joseph Birth gegenwärtig einen Reichskanzler, der sich nicht nur durch seine äußere und innere Politik als ein Schädling des Deutschen Reiches erweist, sondern der auch durch seine Persönlichkeit zu einer immer größeren Gefahr für die innere Gesundheit des deutschen Volkes wird. Man kann politische Gegner auf das härteste bekämpfen und sie doch ad acta, der Reichskanzler Birth aber hat es durch die Art seiner Handlungen, durch die er den Kampf für seine Enttarnung aus leuchtender politischer Stellung zu absoluter Notwendigkeit geworden ist. Zu der Fülle der Fälle, die seine Verlogenheit schon als Reichsfinanzminister und Reichskanzler in recht verwerflichem Lichte erscheinen ließen, sind in den letzten Wochen drei Vorgänge getreten, die ihn der Öffentlichkeit geradezu als eine Erzeugnis-Natur entblößen.

Die Ernennung Walter Rathenaus zum Außenminister hat Birth, wie er nachträglich eingestand, den parlamentarischen Abgeordneten Stresemann, Weder, Kempff und Dr. Hugo damit begründet, daß ihm Rathenau erklärt habe, nicht mehr für die Reichsregierung und insbesondere für die Konvention von Genoa zur Verfügung zu stehen, wenn er nicht innerhalb vierundzwanzig Stunden zum Außenminister ernannt würde — daß Rathenau also seine Ernennung durch ein Ultimatum erzwingen habe —, während Rathenau in der Lage war, glaubwürdig nachzuweisen zu können, daß dies Ultimatum von ihm nicht gestellt worden ist, daß er überhaupt seit vier Tagen mit dem Kanzler gar nicht zusammen gekommen sei und mit ihm in dieser Zeit auch indirekt nicht verkehrt habe, und daß er überdies vorher dem Kanzler gegenüber bezüglich seiner Ernennung zum Außenminister ausdrücklich Bedenken geäußert habe. Damit ist festgestellt, daß Joseph Birth den vier Volksparteiellen Abgeordneten eine bewußte Unwahrheit gesagt hat. Das ist ihm in aller Öffentlichkeit vorgehalten worden, und er hat daraufhin geschwiegen — und ist gleichwohl auf seinem Posten geblieben. Der Kanzler hat den Führern der Deutschen Volkspartei weiterhin erklärt, daß die Bildung der von dieser Partei heimlich erzwungenen großen Koalition der Mitte von Stresemann bis Seidemann unmittelfach beabachtet sei, obwohl kurz vorher die sozialdemokratischen Fraktionsführer bei ihm waren und ihm eröffnet hatten, daß für ihre Partei ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei nach deren letztem Verhalten ausgeschlossen sei. Auch mit dieser Behauptung hat Joseph Birth, um über unsensiblen Fragen hinwegzukommen, für einen glatten Lügner wahrhaftig gebietet. Als dritter Fall in dieser Hinsicht ist die letzte Reichstagsrede des Kanzlers zur Reparationsfrage zu nennen. Hier erklärte Birth, er habe niemals die Erfüllungsbekanntnisse der Londoner Ultimata bekundet, sondern immer nur durch den Bericht der Erfüllung der tatsächlichen Unerfüllbarkeit erweisen wollen. In Wirklichkeit aber ist die Politik Births auf den Glauben an die Erfüllungsbekanntnisse des Ultimats aufgebaut gewesen. Der derzeitige Außenminister Rathenau hatte im Einverständnis Births in seiner Programmrede im Reichstage ausgeführt, daß es eine absolute Unerfüllbarkeit nicht gebe, sondern daß es bei der Frage der Erfüllung nur darauf ankomme, wie weit man das deutsche Volk in Not und Elend geraten lassen wolle. Und Birth selbst hat sich hierzu in seiner Reichstagsrede demselben Völkerverständnis angeschlossen: „Deutschland kann die Londoner Verpflichtungen erfüllen, wenn es nur will.“

Wenn das seltsame Ausland auch fast einmütig bei Anlaß ist, daß Deutschland die ihm angefügten Forderungen nicht aufbringen kann, und auch weiß, daß die wirtschaftliche und politische Anteiligkeit Deutschlands auf demselben Standpunkt steht, so glaubt es doch, daß der gegenwärtige deutsche Reichskanzler aus — gegen wir: aus — mangelnder Fähigkeit zur Beurteilung der Sachlage der erblichen Leberzeugung ist. Deutschland könne erfüllen, wenn es den Willen dazu habe. Nun muß das Ausland aus dem Munde Births selbst hören, daß dieser mit seinen Erfüllungsbekanntnissen etwas ganz anderes bewirkt, als das Ausland über seine wahre Kraft irreführen habe. Dadurch muß notwendigerweise das Gerücht im Ausland über deutsche Hinterlist und Unzuverlässigkeit neue Nahrung bekommen und das Vertrauen in deutsche Vertragstreue weiterhin erschüttert werden. Auch aus der Art, wie der Kanzler in der inneren Politik mit der Wahrheit umbringt und sogar vor betrogener Unwahrheit nicht zurückbleibt, muß das Ausland weitere Beweise für den während des Krieges dort entzündenden Glauben erbliden, daß nicht nur die deutsche Politik in sich unzuverlässig ist, sondern der Deutsche schließlich ein Wesen darstellt, das unter anderen Nationen steht und dem deshalb mit milderer Achtung und milderem Recht zu begegnen ist. In dem gleichen Maße, wie dies Verhalten Births das Vertrauen des Deutschen noch an sich schädelt, muß es auch im Ausland die öffentliche Moral vermindern, die seit der Revolution schon so einen tiefen Stand erreicht hat. Wie soll der Durchschnittsbürger oder gar der einfache Mann im Bosse die Auffassung behalten (so hat

## Ermäßigung der Zahlungen?

### 500 Millionen Goldmark

v. Paris, 17. Februar.

„Echo de Paris“ teilt mit, daß, nachdem Belgien, Italien und Japan den französischen Vorschlag, die Reparationskommission für 1922 zu betrauen, angenommen hat, die Reparationskommission sich schon am Mittwoch mit der Frage beschäftigt, was die Zahlungen betrefte, erklärte der englische Delegierte, Brabant, 500 Millionen Goldmark seien das Maximum dessen, was man von Deutschland verlangen, das sei die Ziffer, die der Minister des Äußeren Rathenau in Cannes angegeben habe. In der Frage der Garantien sind alle Delegierten dahin übereingekommen, die Unabhängigkeit des Garantien-

schusses gegenüber der Reparationskommission zu verweigern. Nach dem Abkommen von Cannes müßte der Garantienanspruch seinen Sitz zukünftig in Berlin nehmen. Im großen und ganzen komme man wieder auf die Diskussion vom November und Dezember 1921 zurück. Alles sei nochmals zu regeln, auch hinsichtlich des Verteilungsausschusses unter den Alliierten. Als erstens erkannte die Reparationskommission an, daß im letzten Dezember und Januar der deutsche Export den Äquivalent übersteigen hat.

Das Deutsche Bureau teilt mit, daß die britische Regierung mit gewissen Vorbehalten über Zustimmung zu dem Vorschlag der französischen Regierung ausgedrückt hat, die Frage der deutschen Reparationsverpflichtungen für das laufende Jahr solle von der Reparationskommission geprüft werden.

man versucht zu lösen; erhalten, daß auch im politischen und sonstigen öffentlichen Leben anständiges Verhalten herrschen muß, wie können Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit, die beiden Attribute der Treue, dem deutschen Wesen zu seiner ursprünglichen Ausprägung verfallen, wie kann eine Erneuerung des deutschen Volkstums eintreten, wenn der Leiter der deutschen Reichspolitik, der Reichskanzler, es für unzulässig hält, sich im politischen Leben bewährter Unwahrheiten zu bedienen! Joseph Birth ist wieder ein lebendiges Beispiel nicht nur dafür, daß die Politik schamlos verfallen verdirbt, sondern auch dafür, daß der Parlamentarismus, der einen Birth als Reichskanzler duldet, in das öffentliche Leben Deutschlands überall Korruption hineingetragen geeignet ist.

Die Deutsche Volkspartei ist von Joseph Birth durch die Ernennung Rathenaus und in der Frage der großen Koalition irreführt und außerordentlich verletzt worden. Diese persönlichen Eindrücke hatten zweifellos mitgewirkt, wenn nicht nur den Ausblick gegeben — als sie heute vor acht Tagen als Mitglied der Ansprache über den Eigenbakteriell im Reichstage ein scharfes Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler persönlich (nicht gegen die Regierung!) einbrachte. Das war am Sonnabend, am darauffolgenden Dienstag oder fanden sich ihre Vertreter, als ob nichts geschehen wäre, schon wieder in der Reichstagskammer ein, um darüber zu verhandeln, unter demselben Reichskanzler, dem sie ließen erst so scharf ihr Mißtrauen ausgesprochen hatten, und von dem sie in aller Form befreit worden waren, in die Reichstagskammer einzutreten und dann ihr Mißtrauensvotum zurückzugeben. In es da zu vermindern, wenn der „Vorwärts“ behauptet: „Der Stoff ist wirklich eines großen Schriftstellers würdig: eine Partei, die ein scharfes Mißtrauensvotum gegen die Regierung beantragt und dann um Aufnahme in dieselbe Regierung winkelt, die sie angeblich stürzen will.“ Nur ihre politische Unzuverlässigkeit wisse der betagte Herr:

„Gute, morgen so, immer glatt wie ein Mal.“

Das nennt man mit Recht nationalliberal.

Angesichts solcher Verhältnisse steht es der Deutschen Volkspartei wenig an, sich über die Unabhängigkeit lustig zu machen, die auch (auch) ein Mißtrauensvotum einbrachten, dann kurz vor der entscheidenden Abstimmung noch durch zwei Redner die Regierung herunterreißen ließen — und danach — mehr als zwei Dutzend Gesellen aus dem Saale herausgeschleift, um dadurch der Regierung das Leben zu retten. Das Berliner Hauptorgan der Deutschen Volkspartei, „Die Zeit“, gewinnt es über sich, unwillig die Frage zu stellen, „mogu nur das Demagogentheater... wenn man von vornherein entschieden war, die „Hundstotter“-Regierung zu erhalten?“ Das Blatt irrt aber, wenn es meint, daß nur auf die Unabhängigkeit, die ewig darauf bedacht seien, sich wieder von der Mehrheitsozialisten noch von den Kommunisten den Rang abzulaufen zu lassen, die Bezeichnung „Kombiantendcharakter“ passe. Vordem nicht auch die Volkspartei zwischen den Deutschnationalen und den Demokraten (bzw. der Sozialdemokraten) immer bin und her? Die Politik der Deutschen Volkspartei, die durch ihr Verhalten zu Dr. Birth einem geradezu jammervollen Mangel an Selbstachtung befinde, würden auch als Minister wenig geeignet sein, das Ansehen des Deutschen Reiches in der Welt zu heben.

Den Mehrheitsozialisten ist es gelungen, die Unabhängigkeit für die Rettung des Kabinetts Birth zu gewinnen. Sie erreichten das einmal mit dem Hinweis, daß der Rücktritt Births den Sturz der Erfüllungspolitik bedeuten würde, zum anderen aber auch mit der beweiswichtigen Behauptung, daß das, was das Vertrauensvotum enthält, nicht

so genau genommen zu werden brauche. Im Reichstage war nur der Eigenbakteriell bedroht worden, nur über den Eigenbakteriell hatte die Regierung Erklärungen abgegeben, nur die Erklärungen waren von den Unabhängigen beanstandet worden, und nur auf diese Erklärungen bezog sich der Vertrauensantrag der Regierungspartei, der klar und eindeutig lautete: „Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung.“ Die Mehrheitsozialisten aber beruhigten das Gewissen der Unabhängigen (und wohl auch ihr eigenes) mit der Behauptung, daß man bei diesem Vertrauensvotum auch an andere Erklärungen der Reichsregierung, z. B. über die Erfüllungspolitik, denken möge, dann werde man schon zustimmen können. Die Sauphase sei ja doch die Erfüllungspolitik, und alles andere sei Nebenbrot, Formalität, womit man noch aufkommen für den Schein des parlamentarischen Systems wahre. Nur die Demokraten (unter den Parteiaustreiter), meint der „Vorwärts“, könnten unter dem Vertrauensvotum etwas anderes verstehen als „Worte, die nichts als leerer Schall sind.“ — Wörtlich, ein Meißnerisch fälschlicher Nachdruck, eine wortlose Anleitung zur Umfassung eines gegebenen Wortes, ein wirksames Beispiel zur Verbreitung von Heuchelei und Unwahrhaftigkeit im politischen Leben!

Bei der Gewinnung der Unabhängigen mußte aber noch ein anderes Hindernis beseitigt werden. Die Unabhängigen wollten sich bereitfinden lassen — und haben es dann tatsächlich auch getan —, für vor die Abstimmung etwa zwei Dutzend ihrer Leute abzumandeln. Aber — es handelte sich um eine nationale Abstimmung, und noch für eine Beantwortung es damit hat, das wurde von „Vorwärts“ gewandt herorgehoben: „Wenn nämlich ein Abgeordneter an einer namentlichen Abstimmung nicht teilnimmt, dann werden ihm von seinen Dutzend hundert Straf abgezogen.“ Aus den weiteren Darlegungen des „Vorwärts“ geht hervor, daß die sozialistischen Abgeordneten selbstverständlich nicht zugemutet werde, für ihre Überzeugung Hundert Rappen zu opfern, und daß die Partei falls die abkommandierten Gesellen natürlich entschädigen müsse. (Während den Zeiten des „Vorwärts“ steht zu lesen, daß die Parteifälle der Mehrheitsozialisten eines weiters einbringen würde, falls die Fälle der Bruderpartei zu schmal sein sollten.) Politik im parlamentarischen System! Überwältigung!

Während der Reichstagsverhandlungen über den Eigenbakteriell erklärte auch die Mehrheitsozialisten den Streikrecht beizubehalten. Den deutschnationalen Sinnes auf den von der Reichsregierung effektiver Generalstreik nach dem Kapp-Zug im März 1920 glauben die Sozialisten mit dem Argument abzuwehren zu können, daß es etwas ganz anderes sei, weil jener Streikrecht in die Verfassung — gerettet habe, während dieser Streikrecht (die Sozialisten nennen ihn immer mit bewußter Betonung den „ersten“ Streikrecht) die Erreichung materieller Vorteile zum Ziele hatte. Nur die entscheidende Abstimmung aber vorüber ist und der neidische Joseph Birth der Sozialdemokratie erlassen bleibt, da erklären die deutschen Sozialisten im „Vorwärts“, daß es ein offenkundiger Unrecht wäre, Beamte bloß deshalb zu bestrafen, weil sie gestreikt haben, nachdem man sie bis dahin im Zweifel darüber gelassen hatte, ob sie ein Streikrecht haben oder nicht. „Wo hatten auch noch sozialistische Auffassung die Beamten Grund zu der Annahme, daß sie wieder streiken dürften, nachdem sie das erste Mal auf Veranlassung der Reichsregierung gestreikt hatten. Damit ist borgehen, wer den Streikgeboten in die Beamtenschaft getragen hat. — Es geht doch so leicht nichts über — nationalisierende sozialistische Auftritte.“

Salmo Wittcher.







